

122/A (E) XXI.GP

E n t s c h l i e ß u n g s a n t r a g

der Abg. Dr. Peter Kostelka

und Genossen

betr. **Brief des Bundespräsidenten Dr. Thomas Klestil an den portugiesischen Ratsvorsitzenden Antonio Guterres - Unterstützung der dort erwähnten Initiative durch die gesamte Bundesregierung.**

Am 21. März 2000 hat der Bundespräsident in einem beeindruckenden Brief an den portugiesischen Ratsvorsitzenden Antonio Guterres eine bemerkenswerte Initiative für die Schaffung eines Mechanismus, der ein vorbeugendes Einschreiten schon bei Verdacht einer Abkehr von europäischen Werten erlaubt, gesetzt.

Diese Initiative ist auch deswegen von besonderem Interesse, weil sie einen Ausweg aus der gegenwärtigen Situation zum Wohle Österreichs aufzeichnet.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesregierung folgenden

E n t s c h l i e ß u n g s a n t r a g:

Der Nationalrat wolle beschließen:

E n t s c h l i e ß u n g

Der Nationalrat hat beschlossen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alles zu unternehmen, um die bemerkenswerte Initiative von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil, die in seinem Brief an den portugiesischen Ratsvorsitzenden Antonio Guterres dargestellt ist, zu unterstützen.

Zuweisungsvorschlag: Außenpolitischer Ausschuss

Beilage (gegenständlicher Brief)

Beilage

"Sehr geehrter Herr Präsident!

Bei meinem Arbeitsbesuch bei der Europäischen Kommission am 8. März in Brüssel habe ich im Zusammenhang mit der gemeinsamen Reaktion von 14 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vom 31. Jänner die Frage nach der rechtlichen Relevanz dieses Beschlusses und nach der Zukunft solcher Beschlüsse gestellt. Wenn ein Mechanismus geschaffen werden sollte, der ein vorbeugendes Einschreiten schon bei Verdacht einer Abkehr von europäischen Werten erlaubt, so müssten meiner Meinung nach Beratungen darüber mit allen 15 Mitgliedsstaaten geführt werden.

Die Schaffung eines derartigen Mechanismus ist in der Europäischen Kommission auf Interesse gestoßen, wobei Kommissar Barnier anregte, in der derzeit laufenden Regierungskonferenz darüber zu beraten. Die Kommission werde entsprechende Vorschläge unterbreiten. Darüber hinaus wurde mir zugesichert, dass die Kommission als Hüterin der Verträge dafür Sorge tragen wird, dass die Mitarbeit Österreichs in der Europäischen Union klaglos funktioniert und keine diskriminierenden Handlungen gegenüber Österreich gesetzt werden, welche auch gegen EU - Recht verstößen. Den Wortlaut meiner Erklärung vor der Europäischen Kommission lege ich zu Ihrer Information bei.

Meiner Meinung nach wäre ein Verfahren auf gemeinschaftlicher Ebene auch deshalb vorzuziehen, da damit dem beschuldigten Mitglied Gelegenheit gegeben wird, zu Befürchtungen Stellung zu nehmen, bevor allfällige Maßnahmen gegen dieses Mitglied ergriffen werden.

Dies erscheint mir auch insofern sehr wichtig, da die gegen Österreich ergriffenen Maßnahmen wiederholt gezeigt haben, dass eine klare Trennung der bilateralen Sanktionen und der Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union in der Praxis nicht möglich ist.

Ferner - und das scheint mit besonders bedenklich - kam es in einzelnen EU - Ländern auch zu Boykottmaßnahmen, die weit über das von den 14 anderen Mitgliedern vereinbarte Maß hinausgingen und die - begleitet von einer oft weit überzogenen Medienberichterstattung - auch zu Vorfällen führen, wie etwa der Beschimpfung österreichischer Teilnehmer beim Schülerparlament in Straßburg oder der Bombendrohung beim Konzert der Wiener Philharmoniker in Paris.

Es erscheint mir daher dringend geboten, dass auch seitens des Europäischen Rates im Geiste europäischer Solidarität und der gemeinsamen Grundwerte der EU sowie des Gebotes der Objektivität und der Fairness gegenüber Österreich zur Versachlichung der Diskussion beigetragen wird.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, dankbar, wenn Sie mein Schreiben den anderen Staats - und Regierungschefs anlässlich des bevorstehenden außerordentlichen Rates zur Kenntnis bringen und über den Vorschlag, ein gemeinschaftliches Verfahren zu schaffen, beraten würden.

Es dürfte auch im Interesse der Europäischen Union liegen, möglichst bald den erwähnten Mechanismus zu entwickeln, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen Situation zu finden und zum Wohle meines Landes und seiner Bevölkerung die von den 14 gegenüber Österreich beschlossenen Maßnahmen so rasch wie möglich auszusetzen.

Ich danke Ihnen und Ihren Kollegen für Ihre Arbeit im Dienste der Europäischen Union und zeichne mit vorzüglicher Hochachtung

Thomas Klestil"